

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 170

Anzeigenpreis: für 1 m.m. Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgeblüben 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Donnerstag, den 23. Juli

Erscheint wöchentlich 8 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenschild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Der Wortlaut der deutschen Note

Deutschlands Antwort an Briand

Berlin, 22. Juli.

Die Note, die der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Doehring, der französischen Regierung in der Frage des Sicherheitspakt übergeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat die von Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter Herrn de Margerie am 16. Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, die Festigung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten.

Die alliierten Regierungen wünschen indes vor der Einleitung sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andere Richtung und fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu.

Die deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung, aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend ihre

Aufsicht über die alliierten Vorschläge

darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Ausrufung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre Stellungnahme zu den Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

I.

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge. Es dürfte in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll,

bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Schaffung des Völkerbundes derartigen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Befehung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Änderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schlechthin maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutsame Neuerung darstellen würde, daß sie

nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten

und überhaupt auf die Fragen der Befehung bleiben dürfte.

II.

In dem System, das die alliierten Regierungen in der Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entwerfen, wird eine

hervorragende Rolle den Schiedsverträgen

zugewiesen, die Deutschland mit den ihm benachbarten Signatarstaaten des Versailler Vertrags abschließen hätte. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System gibt jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die noch der Aufklärung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge beabsichtigt, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundstatute aufgebaut sind, erschöpfen nach Ansicht der deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiebende Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf praktischen Erfolg herbeizuführen. Bei den alliierten Vorschlägen scheint an ein anderes System gedacht zu sein. Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die von den alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle, in denen ein gewaltsames Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll.

Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der französischen und der königlich großbritannischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Ansicht der alliierten Regierungen das gewaltsame Vorgehen ohne irgendein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann. Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne vorhergehendes objektives Verfahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliegt.

Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte. Das Eingreifen des Garanten würde zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein, der Garant

hätte aber das Recht, nach freiem und einseitigen Ermessen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen im gegebenen Falle zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, wer bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrags als Angreifer zu gelten hat, und zwar würde er diese Befugnis selbst dann haben, wenn er gegenüber dem einen Kontrahenten durch ein Sonderbündnis verpflichtet ist.

Es liegt auf der Hand, daß das Garantiesystem durch derartige Konstruktionen

einseitig zuungunsten Deutschlands durchbrochen

werden würde. Das Ziel einer wirklichen Befriedung, wie es von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung möchte sich deshalb der Hoffnung hingeben, daß ihre Besorgnisse in diesen Punkten von den alliierten Regierungen beseitigt werden können. Sie glaubt das um so mehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantiesystem sonst mit dem Geiste der Völkerbundstatute nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundstatute die Frage, ob eine Friedensstörung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmahnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stärken und könnte sogar die

Gefahr ernstster Verwicklungen

heraufbeschwören. Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Verwirklichung der Grundgedanken des deutschen Memorandums der

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

keine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beilegt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indes darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf.

Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen aus dem ihnen im September vorigen Jahres überreichten Memorandum sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember vorigen Jahres bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundes vom 13. März d. J. hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Übernahme der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgeräumt. Auch nach den Ausführungen des Völkerbundes bleibt die Gefahr bestehen, daß

Deutschland als entwaffneter Staat,

der von fast geräuschten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwicklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abwehrkraft auch die in der Völkerbundstatute und in der Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrags vorgesehene allgemeine Abwehrkraft folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitpanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abwehrkraft überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der ange deuteten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine

bedeutende Annäherung der beiderseitigen Anschauungen

feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und dem unerlässlichen Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit

Rechnung tragen. Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach Sicherheit

Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Die deutsche Note.

Die Note über einen Sicherheitspakt, die am vergangenen Sonnabend nach Paris abgegangen ist, hat eine hart umkämpfte Vorgeschichte. Man war sich ja ohne weiteres klar darüber, daß die Briand'sche Antwortnote auf unser Memorandum vom 6. Februar weit über unsere Vorschläge hinausgegangen war, die wir zur Grundlage eines Sicherheitspaktes hatten machen wollen. Daher war von der deutschen innerpolitischen Opposition in scharfster Form gegen diesen französischen Versuch angerufen worden, uns zu Zugeständnissen zu veranlassen, denen auf der Gegenseite gleichwertige nicht gegenüber-

standen. In der Hauptsache waren es die beiden Fragen des Durchzugsrechts und der französischen Absicht, auch hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Polen und der Tschechoslowakei maßgebenden Einfluß auszuüben. In Wirklichkeit aber widersprachen sich der Geist, der in den deutschen Vorschlägen obwaltete, und jener, von dem die französische Note beherrscht war. Während wir wirklich eine Befriedung Europas wollten, damit einen Zwangsabbau aller gewaltsamen Mahnahmen, will Frankreich alle Zwangsmahnahmen Deutschland gegenüber aufrechterhalten wissen. Diese Zwangsmahnahmen sind politischer wie militärischer Natur, die ohne weiteres Deutschland nicht als vollberechtigter Staat behandeln. Und diese Mahnahmen der Gegenwart sollen ihre Fortsetzung durch entsprechende Mahnahmen auch in der Zukunft finden; wir denken dabei vor allem an die einseitige Entwaffnung Deutschlands und die Aufrechterhaltung der Militärkontrolle, die nun aber durch den Völkerbund vollzogen werden soll. Damit ist der dritte Differenzpunkt berührt: Deutschland und der Völkerbund. Was wir zu diesem Thema zu sagen hatten, ist bereits Anfang dieses Jahres durch eine deutsche Note nach Genf auseinandergelegt und völlig ungenügend beantwortet worden; der Wille, die Knebelungsartikeln des Versailler Friedens unbedingt aufrechtzuerhalten, war stärker als die Absicht, das Selbstbestimmungsrecht nun endlich einmal Wirklichkeit werden zu lassen. Das Verhalten des Völkerbundes in der ägyptischen, der marokkanischen und der chinesischen Frage kann Deutschland ja nicht gerade dazu reizen, dieser Versammlung beizutreten.

Trotzdem alle diese deutschen Bedenken in der französischen Antwortnote vor vier Wochen ungeklärt geblieben sind, hat die deutsche Regierung selbstverständlich den angesprochenen Faden nicht abreißen lassen, sondern in ihrer Antwortnote ihrem Willen zur Weiterverhandlung Ausdruck gegeben. Dabei taucht natürlich sofort die Frage auf, ob eine schnellere Fortsetzung der Verhandlungen durch die Einberufung einer Konferenz veranlaßt werden könnte. In Frankreich ist man von einem solchen Konferenzgedanken nicht gerade sehr entzückt, und auch wir müssen gestehen, daß uns ein solcher Gedanke keineswegs mit großer Freude erfüllt; wir haben mit derartigen Zusammenkünften bisher fast immer sehr unliebsame Erfahrungen gemacht und können nicht glauben, daß auf der Gegenseite ein stärkerer Wille zur Nachgiebigkeit entstanden ist, als wir das vor einem Jahre auf der Londoner Konferenz feststellen mußten. Die Fragen, die sowohl in der französischen Antwortnote wie in unserer jetzigen Entgegnung angeschnitten sind, bleiben immer noch so ungeklärt, daß sie weiterer diplomatischer Verhandlungen bedürfen, ehe sie der im vollen Licht der Öffentlichkeit stehenden Konferenzverhandlung ausgeliefert werden dürfen.

Deswegen kann man nur mit Erstaunen vermerken, daß sich die französische Presse über die Nichterwähnung der nördlichen Rheinlandzone in der deutschen Antwortnote wundert, daß sie feststellen zu müssen glaubt, Deutschland knüpfe den Abschluß eines Garantiepaktes nicht an die vorherige Räumung Kölns. Dieses französische Erstaunen, die Feststellung in der Pariser Presse kennzeichnet aber am besten den tiefen Abgrund, der die deutschen Absichten von der französischen Geistesstellung trennt. Man darf eines doch nicht vergessen: die parlamentarische Grundlage des derzeitigen Kabinetts Poincaré ist in einer Weise nach rechts verschoben worden, die vielleicht für Herrn Briand sehr angenehm sein mag, aber uns für die Weiterentwicklung der Verhandlungen sehr bedrohlich erscheint. Seitdem Briand seine Note abgabte, ist in der französischen Deputiertenkammer das Linkskartell, auf das sich Poincaré gestützt hat, praktisch auseinandergefallen; was Poincaré außenpolitisch erreichte, konnte er nur mit Unterstützung der Rechten durchsetzen. Wir reden nicht über Selbstverständlichkeiten, also auch nicht darüber, daß Köln geräumt sein muß, ehe an den Abschluß eines Garantiepaktes gedacht werden kann. Schon der Gedanke, daß ein derartiger Garantiepakt überhaupt bestehen könnte, gleichzeitig aber nicht einmal klare Bestimmungen des Versailler Vertrages ausgeführt werden, ist absurd.

So ist die deutsche Note geeignet, die französischen Überspannungen zurückzuleiten auf den Grundgedanken des deutschen Memorandums. Und der heißt: Bereitwilligkeit, einen wirklichen Frieden in Europa herbeizuführen, Bereitwilligkeit, die Kriegspsychose zu überwinden.

Die Bedeutung der deutschen Note.

Berlin, 21. Juli.

Über die Bedeutung der deutschen Note schreibt die vom Außenministerium inspirierte Deutsche Diplomatische-Politische Korrespondenz, daß die gestern in Paris überreichte Note der Reichsregierung von der Feststellung ausgehe, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, gemeinsam mit der deutschen Regierung im Verständigungswege auf eine Festigung des Friedens hinzuwirken. Da die französische Note formulierte Vorschläge und die Forderung nach einer präzisen deutschen Stellungnahme enthielt, war für die deutsche Antwort die Notwendigkeit kritischen Eingehens auf Einzelpunkte gegeben. Es werden also nicht nur Rückfragen gestellt, sondern es ist auch zu den wichtigsten Grundproblemen deutscher Stellung genommen worden.

In Bochum kam es vor einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofes zu schweren Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksorganisationen, da das Hotel entgegen der Anordnung der Stadtverwaltung eine schwarz-weiße Fahne gehißt hatte. Polizei mußte einschreiten, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Nach einer Meldung des „Times“ sind die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und Italiens übereingekommen, die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bald nach der Räumung des Ruhrgebietes zu räumen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. Juli 1925

□ Ein Rat an deutsche Reisende im Ausland. Nach Mitteilung der deutschen Konsulate im Ausland mehrten sich die Fälle, daß deutsche Auslandsreisende, die ihr Geld verloren haben, sich an die Konsulate mit der Bitte um Vorschüsse wenden. Es wird an zuständiger Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Konsulate nur über beschränkte Mittel verfügen und im allgemeinen nur die Telegrammgebühren zur Beforgung von Geld auslegen können. Es wird empfohlen, sich im Ausland durch Kreditbriefe oder durch Banknoten sein Geld sicherzustellen.

□ Ameisenbekämpfung. Bielsch stellen sich jetzt in der warmen Jahreszeit Ameisen nicht nur in den Gärten, sondern sogar in Wohnungen und namentlich in Speisekammern ein. Es gibt ein einfaches Mittel zu ihrer Vertilgung, nämlich Kochsalz. Etwa eine Handvoll Salz wird in einem Liter Wasser aufgelöst. Mit dieser Lösung werden die Ameisenester — am besten mit der Brause — begossen. Andere empfehlen das Begießen der Ester mit kochendem Wasser. Tomatenblätter vertreiben ebenfalls die Ameisen.

& Halver, 22. Juli. Infolge der ungewöhnlich großen, fast täglich sich noch steigenden Hitze mußte gestern der Nachmittagsunterricht in den Schulen ausfallen. Wenn auch die Hitze für die Entwicklung und das Reifen der Früchte vorteilhaft, so wirkt sie doch auf Menschen und Tiere und letztlich auch auf die Pflanzenwelt erschöpfend ein, so daß ein erfrischender Regen wohl zu wünschen wäre. Nur darf es kein Dauerregen werden, da wir unmittelbar vor der Ernte stehen. Der am gestrigen Nachmittage nach dem Gewitter niedergelassene geringfügige Regen hat an der Witterungslage nichts geändert.

& Halver, 23. Juli. Mit dem heutigen Tage beginnen die sogenannten Hundstage, die seit altersher den Ruf genießen, uns besondere Hitze zu bringen. Wenn dieselben die bis dahin herrschende Hitze noch steigern sollen, so dürfte sie während derselben schier unerträglich werden.

□ Halver, 22. Juli. Der Stationsverwalter Herr Heinrich Hönneke in Hahnenberg wird mit dem 1. August d. J. nach Halver versetzt.

= Halver, 23. Juli. Vom Kreisjugendtreffen in Minden. Im Anschluß an die Mitteilung im lokalen Teil unserer gestrigen Ausgabe ist noch zu ergänzen, daß der Jugendturner Walter Edhardt vom Turn- u. Spielverein Halver ebenfalls im Dreikampf als Sieger hervorging. Gustav Kreinberg konnte mit 71 Punkten 7. Platz belegen, während Erwin Kruhm 12. Sieger wurde mit 63 Punkten. Edhardt erreichte die Punktzahl 42, den Rang konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Den jungen Kämpfern ein kräftiges Gut Heil!

= Halver, 22. Juli. Die Leitung des Turn- und Spielvereins Halver hat beschlossene, bis zum Stichtage der Turnstunden der Männerabteilung auf Dienstag und Samstags Abends festzulegen, damit die Freiübungen gemeinsam mit der Jugend eingeübt werden könnten. Es ergeht an dieser Stelle nochmals an alle Turnfreunde die Bitte, recht zahlreich und pünktlich zu den Turnabenden zu erscheinen, damit wir am 9. August als ein großer geschlossener Verein auftreten können. Auch die alten Turner, die Altersriege wird hierdurch nochmals herzlich zu den Turnabenden eingeladen.

! Halver, 22. Juli. Eine kaum glaubliche aber wahre Begebenheit hat sich hier selbst zugetragen. Am Montagabend bringt ein hiesiger Metzger eine gehandelte Schlachtkuh in der Stall. Andern mittags will er mal nach ihr sehen, aber o weh, das Tier ist verschwunden. Er sucht nach derselben und fragt die Leute in der Nachbarschaft ob sie keine Kuh gesehen hätten? Nach längerem Suchen findet der Metzger seine Kuh auf dem Boden des Stalles, das Tier war durch den Futtergeruch (Heu lagerte auf dem Boden) eine enge schmale und mit einer scharfen Wendung versehene Treppe hinaufgestiegen. Nun mußte das Tier wieder nach unten, die Treppe herunter zu leiten war ein Ding der Unmöglichkeit. Nach längerem Hin und Her saß unser Metzger das Tier am Kopf und schob es rücklings zur Bodentür hinaus, vor derselben hatte er vorher ein weiches Lager bereitet, glücklich kam das Tier zur Erde und konnte alsbald zur Schlachtkuh geführt werden.

! Anschlag, 22. Juli. Bei dem gestrigen Gewitter wurden zwei Weidekühe, dem Landwirt Fritz Neuhaus in Rückelhausen gehörend, durch Blitzschlag getötet.

§ Schaltmühle 21. Juli. Den Neuanlagen des kommunalen Elektrizitätswerkes „Mar“ in Hagen folgt hier eine der anderen. Raum ist der große Transformatorenbau hier fast vollendet, da geht man an die Neuelegung von Kabeln. Im Augenblick ist man damit beschäftigt, ein solches neues Kabel durch Bahnhof- und Halberstraße zu legen. Es wird in seinem weiteren Verlauf etwa über Heesfeld nach Rierspe und ein weiteres nach Halver gehen. Die bisherigen Kabel auf diesen Strecken haben sich als zu schwach erwiesen. Bahnhof- und Halberstraße sind im Augenblick aus diesem Anlaß in einem bösen Zustande, weil sie aufgerissen und mit Steinen und Erde an einer Seite vollständig bedeckt sind.

§ Schaltmühle, 21. Juli. Die hiesige Industrie hat durchweg in der ersten Hälfte ds. Mts. unter denselben Verhältnissen gearbeitet als im vergangenen. Stellenweise und vor allen Dingen in der Breitwarenbranche scheint die Arbeit aber nachgelassen zu haben, wenn auch noch voll gearbeitet wird. In der Jolierrohrbranche ist eine merkwürdige Wendung zum Besseren eingetreten und auch die Elektrotechnik klagt nicht über Auftragsmangel. Klage wird allgemein nur über den

andauernden mangelhaften Eingang der Außenstände geführt, der zur Katastrophe führen muß, wenn nicht bald eine gründliche Besserung eintritt. Dem Vernehmen nach soll ein großes Werk bereits dazu übergegangen sein trotz besten Auftragsbestandes die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden täglich zu beschränken, weil es nicht möglich sei, die bedeutenden Mittel für Lohnzwecke stets rechtzeitig in bar herbeizuschaffen. Hoffentlich wird diesen unhaltbaren Zuständen recht bald für immer ein Ende gemacht.

§ Heesfeld, 21. Juli. Das gestrige schwere Gewitter ist hier und in der Nachbarschaft nicht vorübergegangen, ohne Schäden angerichtet zu haben. So waren die Bewohner hier gestern Abend und die Nacht ohne elektrisches Licht, weil der Blitz in die Leitung geschlagen und diese zerstört hatte. Die Störung mußte sofort gesucht werden. Sie wurde am Römerweg festgestellt, wo der Delschalter vollständig zerschmettert war, sodaß das Licht sofort nicht wiedergegeben werden konnte.

§ Heesfeld, 21. Juli. Auf der von Lüdenscheid über Hülsefelderbaum kommenden breiten Landstraße ereignete sich gestern ein Automobilunfall. Ein schwerer Lieferwagen fuhr, als er eine Unebenheit der Straße überqueren mußte, in den Graben, und konnte leider sofort nicht wieder flott gemacht werden. Menschenleben sind dabei glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Attendorf, 21. Juli. Unverhofftes Wiedersehen. Ein hiesiger Bürger fuhr leihweise geschäftlich nach Köln. An der Bahnsteigsperrre sieht er sich von einem englischen Offizier beobachtet, der ihm auch folgte. Angestrichen vergewissert er sich, ob er auch seinen Personalausweis bei sich hat. Plötzlich kommt der Engländer auf ihn zu, fällt ihm um den Hals und küßt ihn. Es stellt sich heraus, daß unser Landsmann sich des Engländers im Jahre 1914 auf dem Gefangenentransport, als derselbe ohnmächtig zusammenfiel mitleidig angenommen hatte und mit ihm nachher sein letztes Stück Brot teilte. Und jetzt das Wiedersehen in veränderter Rolle, das auf Kosten des Engländers gehörig gefeiert wurde.

Kadebornwald, 22. Juli. Vom Blitz getötet wurden gestern nachmittag bei dem Gewitter, das sich über unserer Stadt entlud, zwei Kühe des Landwirts Selbach in Zinkensteden und eine Kuh des Landwirts Hudenbeck, Grabenstr., die sich auf einer Weide am Kreuz befand. In Krollsholzerberg zündete der Blitz einen Haufen Kleeheu an, der in Flammen aufging, ebenso wurde durch Blitzschlag das Dach des Landwirts Lange zu Jakobsholt zerstört.

Nah und Fern.

○ Der New Yorker deutsche Apothekerverein in Hamburg. Der New Yorker deutsche Apothekerverein, der im nächsten Jahr auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken kann, weite während seiner Studienreise durch Deutschland in Hamburg. Dr. Petersen begrüßte die Gäste im Namen des Hamburgischen Senats und der Freien und Hansestadt Hamburg und sprach den Wunsch nach einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland aus.

○ 300 000 Menschen vor einer Hungersnot. Die Nachrichten über die Flut in Korea, die aus Tokio eintreffen, lauten immer furchtbarer. Bisher sind zweitausend Tote und Vermundete festgestellt. Die 300 000 Einwohner der Hauptstadt sind von Pest und Hungersnot bedroht. Ein Telegramm aus Osaka besagt, daß der Schaden bisher auf acht Millionen Pfund Sterling, also über 1½ Milliarden Goldmark berechnet ist. 20 000 Häuser sind durch das Wasser beschädigt und mehrere hundert Personen ertrunken.

Bunte Tageschronik.

Gerne. Auf der Zeche „Victoria“ 3 und 4 in Raugel verunglückten zwei Arbeiter tödlich.

Mendenburg. Ein Großfeuer legte fünf Antwesen in Kleinsitten in Asche. Ein Pferd und mehrere Schweine sind in den Flammen umgekommen.

Sonneberg. Die Zigeunerplage hat neuerdings längs der thüringisch-fränkischen Grenze, namentlich in den Kreisen Sonneberg und Saalfeld einen Umfang angenommen, der sich als Volksgefahr bezeichnen läßt.

Genf. Hier wurde der 5. Internationale Kongreß für die Geschichte der Medizin eröffnet.

Paris. Die „Havas“ aus Barcelona berichtet, ist bei Mosas ein französisches Flugzeug, das den Verkehr zwischen Frankreich und Marokko bedient, von Toulon kommend, abgestürzt. Beide Insassen waren auf der Stelle tot.

Paris. Aus Konstantinopel kommt die Meldung, daß ein türkischer Segler mit 16 Soldaten an Bord im Bosporus untergegangen ist. Die Soldaten sind sämtlich ertrunken.

Belgrad. Während einer nationalen Feier kippte ein mit 50 Festteilnehmern besetztes Boot auf der Save um, wobei acht Personen ertranken. Die übrigen konnten gerettet werden.

Für die Landwirtschaft.

Um alle Zweifel betr. der Steuerzahlung zu beheben, sei eine Mitteilung des Finanzamts Lüdenscheid an die Geschäftsstelle des Kreisvereins wiedergegeben:

Für Steuerpflichtige, die lediglich Landwirtschaft betreiben, hat die Abgabe einer Umsatzsteuervoranmeldung für das 2. Vierteljahr 1925 nicht zu erfolgen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen wird in allernächster Zeit die Veranlagung der Einkommen- und Umsatzsteuer des Wirtschaftsjahres 1924/25 für die Landwirte durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke werden die erforderlichen Bekanntmachungen erfolgen, in welchem Umfang Erklärungen für das Wirtschaftsjahr 1924/25 einzureichen sind. Bis zu diesen Bekanntmachungen braucht daher nichts weiter veranlaßt zu werden. Eine Umsatzsteuerzahlung für das 2. Vierteljahr 1925 braucht bekanntlich nicht entrichtet zu werden, weil der Finanzamtsbezirk Lüdenscheid zum Notgebiet erklärt ist.

Innungsrichtpreise

von Dr. Vinnarh-Lüdenscheid.

Seit einiger Zeit bringen die Zeitungen in fortlaufender Reihe Artikel, die sich gegen die Preispolitik des Handwerks richten. In 2 Fällen sind Innungsoberrmeister vom Amtsgericht zu einer verhältnismäßig hohen Geldstrafe verurteilt worden, weil sie einzelne Innungsmitglieder wegen Veröffentlichung von Preisen, die weit unter dem ortsüblichen Niveau lagen, in eine Ordnungsstrafe genommen hatten. Dieses Vorgehen der Gerichte giebt nur noch neues Öl ins Feuer, sodaß es

gerechtfertigt erscheint, einmal in aller Öffentlichkeit zu diesen Urteilen Stellung zu nehmen.

Ich setze dabei mit aller Bestimmtheit voraus, daß durch den äußerst sachlich gehaltenen Aufklärungsartikel des westdeutschen Handwerkskammertages alle die Märchen von der Bildfläche verschwunden sind, die da erzählen wollen, daß die Zwangsinnungen feste Preise aufstellten und die Mitglieder in hohe Strafen rähmen, welche diese festgesetzten Preise nicht inne hielten. Schlimm genug, daß von Feinden des Handwerks überhaupt solche Erzählungen ausgesprengt werden konnten, und daß sie eine feindliche Stimmung erzeugten, die sich jetzt in diesen Urteilen widerspiegelt.

Ich stelle zunächst mit aller Entschiedenheit fest, daß eine jede Innung das höchste Interesse daran haben muß, die Preise möglichst niedrig zu halten, nach dem einfachen Grundsatz, je niedriger die Preise, desto größer der Absatz. Andererseits haben naturgemäß alle Innungen Interesse daran, daß ihre Mitglieder vollwertige Qualitätsarbeit liefern zu Preisen, die den Fortbestand des Geschäftes gewährleisten. Es ist eine der Hauptaufgaben der Innung, ihren Mitgliedern mal bei passender Gelegenheit vorzuzurechnen: so und so hoch muß ein Handwerksmeister seine Arbeit berechnen, wenn er seine Existenz erhalten will. Dabei kann jedes Mitglied tun und lassen was es will. Es kann ruhig niedrigere Preise nehmen, ohne daß es der Innung je einfallen wird, gegen dieses Mitglied vorzugehen. Weshalb auch? Im Grunde genommen schädigt sich dieses Mitglied nur selbst, denn es ist klar, billigere Arbeit kann es nur liefern, entweder auf Kosten der Qualität oder auf Kosten der Steuermoral. In jeder Innungsversammlung wird den Mitgliedern gesagt: „Handwerksmeister kalkuliere! Kalkuliere nicht nach dem Schema eines Verbandes oder einer Stadt, kalkuliere unter Zugrundelegung deiner eigenen Unkosten!“

Giebt es nun in einer Innung Handwerksmeister, welche in marktschreierischer Reklame Schleuderpreise veröffentlichen, die mit dem Wert der Leistung im offenbaren Mißverhältnis stehen, so ist die Innung einfach verpflichtet, dagegen Front zu machen, denn nach § 81a, Absatz 1 der Gewerbeordnung ist es vornehmste Pflicht der Innung, die Standesehre zu wahren und zu schützen; ein Handwerksmeister aber, der Preise veröffentlicht, die nach sachverständigem Urteil für eine wirklich reelle Arbeit unmöglich sind, der verstößt ganz groblich gegen seine Standesehre.

Durch den Erlaß des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 6. Juni 1923 ist meines Erachtens die Frage ob die Innungen berechtigt sind, Richtpreise für ihre Mitglieder aufzustellen, genügend geklärt. In diesem Erlaß heißt es: „Wenn die Innung sich darauf beschränkt, ihren Mitgliedern unlautes Geschäftsgeschehen z. B. marktschreierische Reklame, oder die öffentliche Ankündigung von Gratisangeboten oder von Schleuderpreisen, welche mit dem Wert der angegebenen Waren oder Leistungen im offenbarem Mißverhältnis stehen, zu verbieten, so handelt sie im Rahmen ihrer durch die §§ 100, 110, 81a und 81b der Gewerbeordnung begrenzten Befugnisse.“ Eine Reihe von Innungen hat auf Grund dieses Erlasses folgende Bestimmung in den Statuten festgelegt: „Es ist für die Mitglieder einer Zwangsinnung verboten, Preise zu veröffentlichen, welche unter die ortsüblichen gehen, gleichviel auf welche Art sie bekannt gegeben werden.“ Dieses Statut ist sodann vom Bezirksausschuß genehmigt worden. Nun stehen wir auf einmal vor der sonderbaren Tatsache, daß Innungsoberrmeister, die nichts anderes getan haben, als was ihnen der Minister und der Bezirksausschuß ausdrücklich zugestanden hatten, nämlich Innungsmitglieder, die Schleuderpreise veröffentlichten, zu bestrafen, vom Amtsgericht mit einer Geldstrafe belegt werden. Warum nimmt man denn nicht den Minister oder den Bezirksausschuß in Strafe, die durch Erlaß und Genehmigung den Obermeister, falls er als pflichtgetreuer Innungsleiter den Statuten nachkommen wollte, geradezu gezwungen haben, gegen die sich verfehlenden Innungsmitglieder vorzugehen??! Man beantworte uns mal diese Frage und vielleicht auch die, weshalb man es so gern gerade gegen die wirtschaftlich schwächsten Kreise des Handwerks, Friseur, Schuhmacher und Schneider Stimmung zu machen sucht?

Es fällt mir nicht ein zu bestreiten, daß in Einzelfällen ein Handwerksmeister mal höhere Preise nimmt, als ihm zusteht, aber man verurteile dann nicht sofort das gesamte Handwerk, sondern man untersuche zunächst mal die Einzelfälle und bilde sich dann ein Urteil. Ich habe jedenfalls aus meiner Tätigkeit bei dem Innungsausschuß die Ueberzeugung gewonnen, daß eine jede Innung den Kollegen, der ungerechtfertigte Preise nimmt, ebenso scharf verurteilt wie den Kollegen, der für Schleuderpreise schlechte Arbeit liefert.

Der Angriff auf die Preispolitik des Handwerks ist vollkommen verfehlt und ungerecht, da dem Handwerk die Macht fehlt, die Ursachen zu beseitigen, aus denen das gegenwärtige unhaltbare hohe Niveau von Lohn und Preis herrührt. Es ist ebenso gut ein großer Irrtum, wenn man glaubt, das Handwerk sei dem Untergange geweiht, wie auch eine große Verleumdung, wenn man behauptet, das deutsche Handwerk treibe die Preise hoch und wuchere auf Kosten der übrigen Stände. Weil das Handwerk so riesig gewuchert hat, sind wohl in der Inflationszeit 23% des deutschen Handwerks zu Grunde gegangen, nicht wahr?

Man höre mal endlich auf mit diesen Verleumdungen und erinnere sich der Worte von Dr. Schacht auf der Industrietagung in Köln, nämlich, daß die Preispolitik der Industrietabelle volkswirtschaftlich keine befriedigende Stellung einnehme, und das die Kartelle zu einem wesentlichen Grade mitschuldig seien, wenn die Ueberzeugung unseres Güterverteilungsapparates nicht rascher beseitigt werde. So urteilt ein maßgebender Führer unserer deutschen Wirtschaftspolitik, und zu gleicher Zeit geht offenbar von einer einheitlichen Stelle aus die Hege gegen das Handwerk los. Es ist im höchsten Grade eigentümlich, wenn gerade die Kreise, denen Dr. Schacht den eben erwähnten Vorwurf macht, nun die Presse benutzen, um nach dem Motto: „Haltet den Dieb“, die Innungen für all das verantwortlich zu machen suchen, was sie selbst in der Hauptsache verschuldet haben.

Kleine Nachrichten.

Ermäßigung der Umsatzsteuer.

Berlin, 21. Juli. Im Steueraussschuß des Reichstages wurden heute bei der zweiten Lesung der Umsatzsteuer die Anträge der Regierungsparteien angenommen. Danach soll vom 1. Oktober 1925 ab die allgemeine Umsatzsteuer auf 1,25 %, die erhöhte Umsatzsteuer auf 7,5 % herabgesetzt werden. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Befreiung der Lebensmittel und der Genossenschaften wurde abgelehnt.

Räumung des Landkreises Dinslaken.

Rhein, 21. Juli. Der Landkreis Dinslaken ist heute nacht von der belagerten Besatzung geräumt worden. Von dem Kreise Dinslaken ist nur ein Teil bei Walsum, der zum Sanitätsgebiet gehört, besetzt geblieben. Die Räumung erfolgte ohne Zwischenfall.

Auflösung des Hamburger Mordes.

Hamburg, 21. Juli. Der Leichenfund an der Katze am St. Pauli-Fischmarkt am Sonntag Morgen hat eine überraschend schnelle Auflösung gefunden. Die Tote war bereits vor einigen Tagen als das 27-jährige Kontrollmädchen Selma Wodarz festgestellt worden. Als Mörder wurde von der Kriminalpolizei der 35-jährige Kleider Wäger ermittelt. Der Täter ist flüchtig. Die gestrige Nacht mit Unterstützung eines Polizeihundes vorgenommene Durchsuchung der Wohnung Wägers führte zur Auffindung der fehlenden Leichenteile und Bekleidungsstücke.

Französisch-spanisches Tanagerabkommen.

Madrid, 21. Juli. In Madrid wurde ein Abkommen zwischen Frankreich und Spanien über die Neutralität und Sicherheit der Tanagerzone unterzeichnet.

Turnen, Spiel und Sport.

Gauturnfahrt des Märkischen Gaues am 26. Juli 1925.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Gauturnrat seiner Zeit beschlossen hat, statt des Gauturnfestes eine Gauwanderung zu veranstalten, woran jeder Verein unbedingt teilzunehmen hat. Jeder Bezirk mit seinen ihm angeschlossenen Vereinen marschiert gemeinsam in der Richtung Lüdenscheid, woselbst sie von den gastgebenden Vereinen „Jahn“ Lüdenscheid und „Horringhauserhöf“ in Empfang genommen werden. Als Treffpunkt aller Vereine gilt der Lüdenscheider Karlsplatz, der Mittelpunkt der Stadt Lüdenscheid. Hier wird allen Teilnehmern durch das deutsche Lied und einem Vertreter der Stadt Lüdenscheid die Willkommengröße entboten. Von hier aus marschiert der ganze Gau dem Endziel der Wanderung, der Hohen Steinert zu. Für das leibliche Wohl wird allen Turnern eine kräftige Erbsensuppe bereit gehalten. Die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Mittagessen haben auf dem schnellsten Wege zu erfolgen, falls dieses noch nicht allseitig geschehen. Es wäre unbedingt zu wünschen, daß alle dem Märkischen Gau angehörenden Vereine in Massen erscheinen, um zu zeigen, daß die deutsche Turnerschaft nicht allein auf Kämpfe eingestellt ist, sondern auch den Wert des Wanderns zu schätzen weiß. Darum weiße alle fleißig für den Gauwandertag am kommenden Sonntag. Durch gemeinsame Wanderung gewinnt das Vereinsganze, es stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Es ist doch gar nicht nötig, daß man nur zu Wet-

kämpfen geht, die finden im Jahre ja genug statt, man soll sich auch hin und wieder mit seinen Turnfreunden aus nah und fern gesellschaftlich treffen und das ist der Zweck unserer Wanderung am Sonntag. Trübes Wetter oder Regen darf keinen Verein veranlassen zu Hause zu bleiben. Der Plan der ganzen Gauwanderung ist in großen Zügen etwa folgender: Der 1., 2. sowie 3. Bezirk fahren mit dem Sonderzuge (für 500 Teilnehmer vorgesehen) ab Hagen 8,17 Uhr vorm. bis Schalksmühle wo die Wanderung unter Diergarten, Schalksmühle weiter fortgesetzt wird. Die Bezirke 4a, 4b und 5 wandern ab Altena um 9 Uhr vorm. unter Führung von Danne und Graf. Der 6. Bezirk trifft sich morgens um 10 Uhr in Brügge und vereinigt sich kurz vor Mittag in Lüdenscheid mit den Bezirken 1, 2 und 3. Der 7. und 8. Bezirk marschiert ab Altena oder Werdohl. Ab Werdohl, Vereinigung gegen 11 Uhr auf Horringshauserhöf mit den Bezirken 4a, 4b und 5. In Lüdenscheid selbst übernehmen die Turnvereine Horringshauserhöf und Jahn Lüdenscheid mit ihren Trommler- und Pfeiferkorps die Führung. Gegen 12 Uhr wird der ganze Gau auf dem Karlsplatz versammelt sein, von wo aus der gemeinsame Ausmarsch zur Hohen Steinert stattfindet. Nach dem Mittagessen finden turnerische Vorführungen und Spiele im Freien von Horringshauserhöf und Jahn Lüdenscheid statt. Ab 2 Uhr gemeinsames Beisammensein aller Turnfreunde in den Räumen der Hohen Steinert. Chöre, vier Sänger oder acht Sänger, gemeinsame Lieder, turnerische Vorführungen werden anregende Unterhaltungen bieten. Darum nochmals ihr Turner und Turnerinnen des Märkischen Gaues erscheint am Sonntag in Massen.

Wetter-Aussichten.

23. Juli: Wenig verändert.
24. „ Wolken, teils heiter, ziemlich kühl, Wind, strich.
25. „ Wollig, Sonne angenehm, Wind. [weis Regen.

Kongresse und Versammlungen.

K. Internationaler Krankenpflegerinnenkongress. In Helsingfors wurde ein internationaler Krankenpflegerinnenkongress eröffnet. Über tausend Teilnehmer aus etwa 30 Ländern, u. a. Deutschland, sind dazu eingetroffen. Mehrere ausländische Krankenpflegerinnen, u. a. Agnes Karl-Deutschland wurden als Ehrenmitglieder des Vereins geladen.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 21. Juli.

* Börsenbericht. Es fehlte der Börse weiterhin jegliche Anregung, die das Geschäft beleben können, im allgemeinen konnten sich aber die Kurse bei äußerst geringem Umsatz ziemlich gut behaupten. Lebhafter war das Geschäft am Markt der inländischen Anleihen, ohne daß aber bemerkenswerte Kursveränderungen zu verzeichnen waren. Am Geldmarkt stellte sich tägliches Geld auf 8,50–10 %, monatliches Geld auf 10–11 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19–4,21; engl. Pfund 20,39 bis 20,44; holl. Gulden 168,54–168,96; Danz. 80,85 bis 81,05; franz. Frank 19,83–19,87; belg. 19,46–19,50; schweiz. 81,42–81,62; Italien 15,58–15,62; schwed. Krone 112,81–113,09; dan. 91,39–91,69; norweg. 76,95 bis 77,15; tschech. 12,43–12,47.

* Getreide- und Strohnotierungen. Drahtgepr. Roggenstroh (Quadratballen) 0,90 bis 1,35, drahtgepr. Haferstroh (Quadratballen) 0,75–1,10, drahtgepr. Weizenstroh (Quadratballen) 0,80 bis 1,20, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,30 bis 1,80, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1–1,40, Säcke 1,30–1,80, handelsüblich. Heu, gesund und trocken, nicht über 30 % Befach mit minderwertigen Gräsern 2,70–3,20, gutes Heu, desgl. nicht über 10 % 3,60–4,20, Kleeheu, lose, 4,25–4,75. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Wagon, für 50 Kilogramm in Goldmark.

* Butter. Ia Qualität 1,77 Mark, für Ia Qualität 1,60 Mark, für abfallende Qualität 1,40 Mark für ½ Kilogramm.

* Vom Mehlmarkt. Im Laufe der letzten Woche verkehrten die amerikanischen Märkte in fester Haltung; die Preise für Weizen zogen ganz erheblich an, dagegen wurde Roggen infolge des guten Erntewetters aus eintreffenden Dampfern erheblich billiger gehandelt. — Im Mehlmarkt ist die gleiche Tendenz zu beobachten. Weizenmehl ist mehr gefragt, während Roggenmehl sehr schwer abzusetzen ist, denn der Konsum wartet auf die Zufuhren von neuem Mehl. — Auslandsmehl: Die Preise sind weiter erhöht, jedoch hielt sich das Abnahmageschäft in engen Grenzen. — Die Preise waren: Auslandsmehl 39 bis 44 Mark, amer. Auslandsmehl 39–43 Mark, Weizenmehl 34,50 bis 37,50 Mark, Roggenmehl 31,50–33 Mark.

* Produktentürfe. Die kräftigen Fortschritte der Ernte sprechen sich in dem täglich wachsenden Angebot von neuem Roggen und in der Tatsache aus, daß Lieferung im Juli kaum noch Aufschub gegen Ware erzielt, die im ersten Teil des August geliefert wird. Im Lieferungsbericht zeigte sich per Juli manches Deckungsbedürfnis, das den Preis stützte. Für Septemberlieferung wollte sich der Markt noch nicht recht entwickeln. Weizen war im Anschluß an das flauere Ausland nicht voll behauptet. Der Septembermonat setzte mit einem Deport von 25 Mark gegen Juli ein. Gerste blieb still. Käufer für Wintergerste hatten sehr zurück. Hafer hat feste Haltung bei sehr ruhigem Geschäft. Mehl weiter still. Futterartikel ruhig.

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 20. Juli. Auftrieb 755 Stück Großvieh, davon — Rühre amerikanischer und — schwedischer Herkunft, davon 258 Ochsen, 82 Bullen, 353 Färsen und Rühre, 52 Fresser, 2078 Schweine, 569 Kälber, 76 Schafe. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 62–64, b. 58–60, c. 46–50, d. 35–40. Bullen a. 56–58 b. 44–48, c. 34–40. Färsen und Rühre a. 60–62, b. 56–58, c. 42–46, d. 35–40, e. 20–30. Jungvieh a. 30–40, 2. Kälber: a. b. 75–80, c. 64–68, d. 50–55, e. 40–48. 3. Schafe: Weiße: a. 50–55, b. 30–40, 4. Schweine: a. 85–86, b. 83–84, c. 81–83, d. —, e. 72–78, f. 72–78. Tendenz des Marktes: In allen Gattungen schlep-pend, voraussichtlich Ueberstand; einige ausgesuchte Tiere höher. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 175 frische Rinderviertel 67 Kälber und 617 Schweine.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Schaumpon mit dem schwarzen Kopf

wird wegen seiner vorzüglichen Wirkung und absoluten Unschädlichkeit von ersten Fachärzten empfohlen. Die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“ bürgt für das einwandfreie echte Fabrikat. Es ist das Beste, was Sie zur Kopfwasche kaufen können; seine vielen Vorzüge machen Schaumpon zu einem idealen Haarwaschmittel. Ein Paket kostet 20 Pfg. Erhältlich in den Sorten: Veilchen, Eau de Cologne, Lavendel, Kamille, Eigelb, Nadelholztee, Brennessel, Perutannin. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Chem. Fabrik, Berlin-Dahlem.



Einige junge Leute

für leichte lohnende Beschäftigung gesucht.

Bolierrohrwerk
G. m. b. H.
Halver i. W.

Wir suchen
per sofort

15 Mädchen

sowie

10 junge
Burschen

für unser Werk Südstr.

Aluminium- u. Metallwerke
Degenhardt & Gippel
Halver.

Einen

Federfrachtwagen

40 Ctr. trag. mit Hube,

1 Karre,

1 Egge,

1 Pflug,

1 Häckselmaschine

alles so gut wie neu und
mehrere gute

Milch-
Kühe

verkauft

Dr. F. Heltmann,
Vollme i. W.

Zigaretten

Rauch- u. Kan-
Tabak

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Danksagung.

Für die vielen Beweise, herzlicher
Teilnahme beim Heimgange unseres
teuren Entschlafenen insbesondere für
die vielen Kranzspenden das zahlreiche
Grabgeleit sowie für die trostreichen
Worte des Herrn Pfarrer Lindemann am
Grabe auf diesem Wege herzlichen Dank.

Familie Franz Heßler.

Oberbrügge, den 22. Juli 1925.

Gebetermine

für Grundvermögens-, Hauszins-, Gewerbe-
steuer usw. findet statt in Schalksmühle am
Donnerstag, den 23. Juli 1925, vormittags
von 8–11,30 Uhr in der Verwaltungsgeschäftsstelle
in Schalksmühle, Bahnhofstr. 5.

Das Kassenlokal in Halver bleibt an diesem
Tage geschlossen.

Halver, den 20. Juli 1925.

Der Amtmann.

Wohnungsfuchende.

Das Wohnungsamt kann 1 Wohnung in
Erfeld vermitteln Interessenten wollen sich
melden im Amtshause, Zimmer 13.

Halver, den 17. Juli 1925

Der Amtmann.

Romane

Jugendchriften

Ein gutes Buch

ist auch heute noch das billigste
und wertvollste Geschenk.

Eine reiche Auswahl
an Büchern aller Art finden
Sie in der Buchhandlung von

Wilh. Bell jr., Halver,
Kirchstraße 5.

Dilettanten-Verein „Hohenzollern“ Halver.

Kino-Vorführungen

auf der Carlshöhe
am Samstag, d. 25. u.
Sonntag, d. 26. Juli cr.,
abends 8 Uhr anfangend:

Friedericus Rex

3. und 4. Teil.

In jeder Vorführung laufen beide Teile.

Die Musik stellt Herr Kapellmeister
C. Schmidt, langjähriger Pianist am
Weidenhoftheater in Hagen i. Westfalen.

Preise der Plätze: 1. Platz 1,50 Mk.
2. Platz 1.— Mk.

Es ladet freundlichst ein
der Vorstand.

NB. Insbesondere bitten wir die Vereine
von Halver und Umgegend sich zahl-
reich zu beteiligen.

Ia Woll- und Haarhüte
in allen Preislagen,
Klappzylinder mit u. ohne Leder.
Klub-, Flieger- und Sport-
Mützen,

Bielefelder Oberhemden, Kragen,
Vorhemden usw.

Regenschirme u. Spazierstöcke, —
Normal- u. Mako-Wäsche
schwarz u. farbige Glacéhand-
schuhe für Damen und Herren.

Portemonnaies,
Taschenspiegel,
Taschentücher usw.

Krawatten u. Seidenbinder.

Nur das Neueste.

Fr. Kattwinkel,
Halver.

Henko

Man spart
Seife!

Mit-
verwendung
der
altbewährten
Henko
Henkel's Wasch-
und Bleich-Soda
beim Waschen
verbilligt
die Wäsche!

Aufnahmen

für die Provinzial-Feuersozietät,
Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversiche-
rung, Selbsthilfe etc.

übernimmt

H. NOLTE,

Architekt und Geschäftsführer der
Provinzial-Feuersozietät,
Dahlebrück.

Motorräder

Zündapp, — Ardie,
B. M. W.

verkauft bei sehr günstigen

— Zahlungsbedingungen —

Alb. Linnepe, Halver.

Telefon 192.

Taschen-Fahrpläne

der Reichsbahndirektion Elberfeld.

Ausgabe 5. Juni 1925.

Zu haben bei

Wilh. Bell jr., Halver.

Tanz-Schule.

Zu dem am Sam-
tag, den 25. Juli ab
abends 8 Uhr im
im Lokale des Herrn
Cramer, Ki. rspe-Bhf.

stattfindenden
Schluß-Ball

ladet ergebenst ein
Fr. Kattwinkel
Tanzlehrer.

Dilettanten-Verein „Hohenzollern“ Halver.

Freitag, den 24. Juli
abends 8 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Aufnahmen.
 2. Bericht über Gautag-
Dortmund.
 3. Bundestag.
 4. Stiftungsfest.
 5. Verschiedenes.
- Um vollständiges Er-
scheinen bittet

Der Vorstand.

Erhalte jetzt 2 mal
wöchentlich, Montags
und Freitags

frisches
Michelbrot.

Erich Lausberg
Anschlag.



Erhalte Sonnabend,
den 25. eine Sendung
prima Oldenburger

Ferkel und
Läuferfleischweine.

Wilh. Jatzbender,
Meinershagen.

Telefon 85